

## „Zukunftsperspektiven im ländlichen Raum“

### I Prolog

Unser Bundesland ist mehr als jedes andere durch seine ländliche Regionen und kleinen Städte geprägt. Zu Recht sind wir stolz auf unser Bundesland, seine Natur, Kultur und besonders auf die Menschen. Es ist unsere Aufgabe, dieses auch für die zukünftigen Generationen zu erhalten und den ländlichen Raum, unsere Dörfer und Städte nicht von gesellschaftlichen, kulturellen und wirtschaftlichen Entwicklungen abzukoppeln. Dabei kommt es auch zu Interessenskonflikten, die unter Beteiligung aller zusammen zu lösen sind.

Unsere ländliche Struktur wird oft für die vielen Probleme unseres Bundeslandes verantwortlich gemacht und obwohl wir alle Mecklenburg-Vorpommern in den vergangenen Jahren zusammen mit viel Engagement und Herzblut voran gebracht haben, gelten wir immer noch als Armenhaus Deutschlands. Die jetzigen Regierungen fördern diesen Trend. Klein- und Kleinstgemeinden sind Träger von Aufgaben, die sie nicht mehr finanzieren können. Gleichzeitig müssen sie über das Finanzausgleichsgesetz die größeren Gemeinden, die „zentralen Orte“, finanziell unterstützen. Der nicht mehr vorhandene finanzielle Spielraum lässt die Gemeinden, ihre ehrenamtlichen Vorsteher und die Einwohner resignieren. Es scheint, der ländliche Raum ist im politischen Geschehen bereits abgeschrieben.

Wir GRÜNE wollen in dieses Lamentieren nicht einsteigen; wir sehen den ländlichen Raum nicht als Bremse, sondern als unsere Chance für dieses Land. Dafür hat die Politik die nötigen Rahmenbedingungen zu setzen.

Für uns in Mecklenburg-Vorpommern ist es wichtig, die Menschen, die hier wohnen auch hier zu halten – nicht mit Zwang –, sondern mit Zukunftsperspektiven. Am wichtigsten hierfür ist die Möglichkeit, selbst für sein Leben sorgen und am gesellschaftlichen Leben teilhaben zu können. Gerechte Löhne sind daher unverzichtbar. Dazu gehört auch die Förderung der regionalen Wirtschaft, besonders der Klein- und Kleinstunternehmen, welche die Mehrheit der ansässigen Firmen stellen.

In den landwirtschaftlichen Betrieben insbesondere des Ackerbaus und der industriellen Tierhaltung arbeiten nur noch wenige Menschen. Die Wertschöpfung ist im Vergleich zu anderen Bundesländern gering. Gefördert wird in Mecklenburg-Vorpommern Masse statt Klasse!

Wir setzen uns dafür ein, bei der EU-Förderung die Mittel für die Landwirtschaft nicht mehr pauschal pro Hektar einzusetzen, sondern nur bei öffentlichem Mehrwert und mit mehr Geld für den Ökolandbau, Agrarumweltmaßnahmen und die ländliche Entwicklung insgesamt. Besonders bewährt hat sich der LEADER-Ansatz, der mit Beteiligung von Akteuren "Vor-Ort-Projekte" der ländlichen Entwicklung fördert. Dieser Ansatz muss weiter entwickelt und ausgebaut werden. Auch Bund und Land müssen ihre Förderpolitik überarbeiten, um den ländlichen Raum zu stärken. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN fordern einen integrierten Fördermitteleinsatz der Europäischen Strukturfonds unter Beteiligung aller Akteure im ländlichen Raum, so wie bereits auf unserer LDK in Greifswald im September 2012 von uns beschlossen. Leider hat sich die Landesregierung trotz mehrmaliger Vorstöße der bündnisgrünen Landtagsfraktion diesem Ansatz bisher verschlossen.

Der ländliche Raum, unsere kleinen Städte und Gemeinden werden nur attraktiver, wenn wir Angebote für alle Altersklassen machen können. Theater-, Musik-, Sport- und neue

Medienangebote bieten nicht nur Ablenkung, sondern auch kreative Gestaltungsspielräume für alle. Aktive Gemeinden besitzen ein aktives Vereins- und Sozialleben. Dieses Gemeinschaftsgefühl stellt eine besondere Stärke der kleinen Gemeinden dar.

Eine zentrale Rolle spielen hier Schulen, Kindergärten und Begegnungseinrichtungen. Sie bieten Anlaufpunkte für Menschen über den eigentlichen Interessentenkreis hinaus.

Neben eigenen Angeboten vor Ort wollen die Menschen jedoch nicht abgeschnitten sein von den Möglichkeiten, welche die Städte vorhalten. Mobilität darf nicht alters- und einkommensabhängig sein. Dörfer ohne funktionierende Nahverkehrsanbindung sind für neu Hinzuziehende unattraktiv.

Oft wird der Begriff „demografischer Wandel“ verwendet, um die Einleitung von Schrumpfungsprozessen zu rechtfertigen und Strukturen auszudünnen und abzubauen. Wir halten bereits diesen Ansatz für falsch. Denn die Bevölkerungsentwicklung ist keineswegs ein Vorgang, der nicht politisch zu beeinflussen ist. Die Verwaltungen dürfen den mit dem Gerede vom „demographischen Wandel“ verbreiteten Fatalismus nicht weiterführen so der Entvölkerung der Dörfer und Kleinstädte zusätzlichen Vorschub leisten. Eine Politik, die Menschen mit Ideen und Engagement Angebote macht und ein attraktives Lebensumfeld schafft, stärkt die Regionen hingegen. Wo es keine zivilgesellschaftlichen Angebote mehr gibt, da lassen wir Raum für andere Kräfte. Rassistische Organisationen versuchen, dieses Vakuum zu füllen und wenden sich an die Zurückgelassenen. Es ist Aufgabe aller, sich dieser Entwicklung entgegenzustellen! Resignation ist fehl am Platz.

Uns ist bewusst, dass viele der Probleme hier in Mecklenburg-Vorpommern in Zukunft auch andere Bundesländer erreichen werden. Wir sind somit wegweisend. Ob dieser Weg in eine positive Zukunft führt, liegt jedoch an uns. Unser Blick, der Blick der Politik, darf nicht nur auf den Städten liegen, der ländliche Raum ist unsere Zukunft. Wir Bündnisgrüne sind uns dieser Aufgabe bewusst und wir gehen sie offensiv an!

## **II Wirtschaftspotenziale erkennen und stärken**

Mecklenburg-Vorpommern ist keine hochindustrialisierte Region. Abgesehen von einigen wenigen Leuchttürmen in unserem Land ist unsere Wirtschaft im Land durch kleine und Kleinstunternehmen gekennzeichnet. Dabei kommt der Tourismusindustrie eine besondere Bedeutung in Mecklenburg-Vorpommern zu. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sieht in der Förderung und Stärkung von Dienstleistungsanbietern im ländlichen Raum eine Chance, qualifizierte Arbeitsplätze zu schaffen und die regionale Kaufkraft zu stärken.

Die Möglichkeiten des Internets und die attraktiven Landschaften in Mecklenburg-Vorpommern bieten eine realistische Grundlage dafür. Hierzu müssen wir eine neue Ansiedlungsstrategie entwickeln, die sich auf den ländlichen Raum und die Dienstleistungsbranche konzentriert, während bisher auch die Wirtschaftsförderung der Landkreise vorrangig auf Industrie- und Gewerbebetriebe in den größeren Städten ausgerichtet war. Eine zentrale Voraussetzung für viele Unternehmen im Land besteht in einer guten Internetverbindung im ländlichen Raum. Diese muss gewährleistet werden.

Die Ansiedlung sozialer Dienstleistungen im ländlichen Raum stellt einen weiteren Schwerpunkt dar. Zumindest ein Teil der älteren Menschen ist daran interessiert, auch im Alter im ländlichen Raum wohnen zu bleiben oder wieder dorthin zu ziehen. Dies bedarf entsprechender Angebote von mobilen Dienstleistungen bis hin zu größeren Wohn- oder Pflegeprojekten auf dem Dorf. In Kooperationen mit sozialen Einrichtungen der größeren Städte, die bis hin nach Berlin und Hamburg reichen können, sehen wir weitere Potentiale für Ausbildungs-, Integrations- und Selbsthilfeprojekte im ländlichen Raum.

Zur Stärkung der Dienstleistungsbranche besonders im ländlichen Raum fordern wir:

- Den Ausbau der Breitbandinternetanbindung im ländlichen Raum voranzutreiben.

- Förderinstrumente stärker am Bedarf der Unternehmen außerhalb der Metropolen zu orientieren.
- Für die Ausstattung der ländlichen Räume mit öffentlicher Infrastruktur (Schulen, Krankenversorgung, Sozial- und Seniorenversorgung) sind die derzeitigen Benachteiligungen (FAG, „Zentrale-Orte-Konzept“) gegenüber urbanen Räumen abzubauen.

Mecklenburg-Vorpommern trägt die besten Voraussetzungen, um das Energieland Deutschlands zu werden. Die Energiewende ist unsere Chance. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN steht wie keine andere Partei für diese wichtige Weiterentwicklung der Industrie. Leider kommt die politische Umsetzung der Energiewende nicht so schnell voran wie in anderen Bundesländern. Nicht einmal die Ziele, wie sie beispielsweise im Klimaschutzaktionsplan 2020 definiert sind, sind bislang erreicht und ein Monitoring fehlt fast vollständig. Mecklenburg-Vorpommern läuft damit Gefahr, seine größte Chance für mehr Beschäftigung und Wertschöpfung im Land zu verspielen. Die Energiewende in Deutschland ist ein hochkomplexes Projekt, das flankiert wird durch vielfältige Regelungen und Gesetzgebungen auf der Ebene der Europäischen Union, des Bundes und der Bundesländer. Erneuerbare Energien und Stromproduktion aus Atom- und Kohlekraftwerken passen nur sehr schlecht in ein und dasselbe Versorgungssystem. Unser energiewirtschaftliches Versorgungssystem ist deshalb umzurüsten, was mit einem erheblichen Aufwand verbunden sein wird. Wir sehen in einer Ausweitung der Förderung von Erdöl und Erdgas mit umweltgefährdenden chemikalienbasierten Fracking keine energiewirtschaftliche Perspektive für M-V.

Das Land Mecklenburg-Vorpommern verfügt über eigene Steuerungsinstrumente zur Ausrichtung seiner Energiepolitik hin zu mehr erneuerbaren Energien und mehr Energieeffizienz. Damit kann die regionale Wertschöpfung gesteigert werden und Unternehmen im Land erhalten die Chance, sich neue Geschäftsfelder zu erschließen. "Werbung um Akzeptanz" ist der entscheidende Satz, um Bürgerinnen und Bürger "mit ins Boot zu holen". Bürgerbeteiligungen an erneuerbaren Projekten auf kommunaler Ebene sollen dazu verhelfen. Der Ausbau erneuerbarer Energien muss zudem in einem ausreichenden Umfang auf Naturschutzinteressen Rücksicht nehmen. Die erneuerbaren Energien sind eine große Chance für die wirtschaftliche Entwicklung des ländlichen Raums. Insbesondere bei der Installation und Wartung der Anlagen ergeben sich wirtschaftliche Potentiale auch für kleinere Unternehmen aus dem ländlichen Raum. Wir wollen durch Kreditprogramme von Bund und Land sowie durch Beratungsangebote dafür sorgen, dass verstärkt Akteure aus dem ländlichen Raum selbst in Solaranlagen auf ihren Dächern und Windkraftanlagen auf ihren Feldern investieren und somit direkt von den Einnahmen profitieren, anstatt nur Flächen zu verpachten. Dies gilt gleichermaßen für Bürger\_innen, regionale Energiegenossenschaften, Firmen, Landwirtschaftsbetriebe und Kommunen. Hier hat die Landesregierung in der Vergangenheit große Chancen vertan. So hat das Innenministerium Kommunen bei der Investition in erneuerbare Energien eher behindert statt diese zu unterstützen. Das Landwirtschaftsministerium M-V unterstützt Landwirtschaftsbetriebe beim Ausbau von Massentierhaltungsanlagen, viel weniger aber bei Investitionen in Solar- und Windkraftanlagen. Auch Bioenergieanlagen können einen Beitrag zur Stärkung des ländlichen Raums leisten. Sie dürfen aber nicht zu Mais-Monokulturen führen, die den Boden schädigen und Landschaften für die Anwohner und den Tourismus entwerten. In Mecklenburg-Vorpommern wird inzwischen fast 10 % der Ackerfläche für den Anbau von Energiemais genutzt, besonders konzentrieren sich die Flächen um Biogas-Großanlagen in Güstrow. Hier muss eine Umstellung erfolgen auf eine verstärkte Nutzung von Landschaftspflegeabfällen, Abfallprodukten aus der Landwirtschaft, Zwischen- und Mischfruchtanbau. Nur so lässt sich eine ökologisch sinnvolle Energieerzeugung mit Biomasse erreichen. Bisher werden beim Maisanbau mit erheblichem Einsatz von Maschinen, Dünger und Pflanzenschutzmitteln nur etwa 15.000 kWh Strom und maximal 15.000 kWh Wärme pro Hektar erzeugt, während eine Solaranlage oder ein Windpark auf diesem Hektar über 300.000 kWh Strom erzeugen und damit das 10-fache produzieren!

Die Abwärme von Biogasanlagen kann zu einer günstigen Versorgung kleiner Gemeinden mit Heizwärme genutzt werden und so die Wohnnebenkosten senken oder sogar für kleinere Firmen mit einem relevanten Wärmebedarf ein Anreiz zur Ansiedlung sein. Wir unterstützen daher das Konzept der (Bio-)Energie-Dörfer, das auf eine nachhaltige Nutzung von Biomasse setzt und gleichermaßen Energieeinsparung und die standortgerechte Nutzung anderer erneuerbarer Energien anstrebt.

Die Umsetzung der Energiewende ist entscheidend für die wirtschaftliche Entwicklung Mecklenburg-Vorpommerns!

Wir fordern:

- Stärkere Ausrichtung der öffentlichen Förderpolitik auf dieses Ziel durch geeignete Finanzierungsinstrumente zur Umsetzung der Energiewende. Konkret fordern BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN die Auflegung eines Darlehensfonds zur Finanzierung innovativer, erneuerbarer Energieprojekte. Die Mittel dieses Fonds' sollen der Stärkung der Eigenkapitalquote von Klein- und mittelständischen Unternehmen dienen sowie die Markteinführung von Produkten im Bereich erneuerbarer Energien nach Erlangung der Marktreife fördern. Zusätzlich sollen Kredit-, Förder- und Beratungsprogramme Bauherren besonders im ländlichen Raum zur Nutzung entsprechender Technologien animieren.
- Im Bereich Biomasse/Biogas sollten nur solche Anlagen Förderung erhalten, deren Inputbedarf in eine nachhaltige Landwirtschaft unter Anerkennung der Fruchtfolgen integrierbar ist. Wir setzen in der Zukunft verstärkt auf die Direkteinspeisung von Biogas in das Erdgasnetz, um das kostbare Biogas mit einem deutlich höheren Strom-Wirkungsgrad von fast 60 % nutzen zu können. Besondere Anerkennung sollte die Kraft-Wärmekopplung finden.
- Plattformen für regionale Projekte im erneuerbaren Energiebereich initiieren und unterstützen. Hier in Mecklenburg-Vorpommern könnten sich in so einem Projekt das Netzwerk Elektromobilität M-V, der Initiativekreis "erdgas mobil", das Solarzentrum Wietow und andere mehr wiederfinden.
- Höhere Akzeptanz der erneuerbaren Energien in der Bevölkerung schaffen: Wir wollen die Gewerbesteuererinnahmen kleiner Gemeinden aus den erneuerbaren Energien stärken, in dem zum Beispiel die Gewerbesteuer für Windkraftanlagen zu 90 % an die Gemeinde fließen, in der die Anlagen stehen. Bisher sind dies in der Regel 70 %, während 30 % an die Gemeinde gehen, in der die Betreibergesellschaft ihren Sitz hat. Die Menschen vor Ort müssen stärker an den Gewinnen teilhaben.

Die Stärkung der regionalen Wirtschaft und der Wirtschaftskreisläufe darf jedoch nicht an den Menschen vorbei gehen. Die Strategie, durch ein niedriges Lohnniveau Unternehmen anzulocken, ist fehlgeschlagen. Stattdessen hemmt es die Kaufkraft und damit die Binnennachfrage. Anfang Juli veröffentlichte das Pestel-Institut Hannover eine Studie, wonach die Einführung des Mindestlohns in unserem Land die Kaufkraft pro Person um mehr als 300€ erhöhen würde.

Deshalb fordern wir:

- Die schnellstmögliche Einführung des flächendeckenden gesetzlichen Mindestlohns.
- Schnellstmögliche Angleichung der Tariflöhne Ost an West

### **III Ökolandbau stärken, Vielfalt in Feld und Dorf fördern**

In der Land- und Forstwirtschaft sowie der Fischerei ist die Bruttowertschöpfung (BWS) je ha in Mecklenburg-Vorpommern nur halb so hoch wie in Bayern, Niedersachsen oder Nordrhein-Westfalen. Die Flächenproduktivität je ha beträgt im Jahr nur 966 Euro gegenüber z. B. Rheinland-Pfalz mit 2.417 Euro. Die Agrarsubventionen zeigen eine relativ geringe Wirkung: je 1 Euro Subvention führt in Nordrhein-Westfalen zu einer BWS von 3,10 Euro, jedoch in MV nur zu 1,70 Euro. Im ländlichen Raum wirken sich solche Entwicklungshemmnisse in kleinen Gemeinden zwischen 500 und 10.000 Einwohnern direkt aus. Dort bedroht die Abwanderung die Zukunft der Gebiete, während sich zugleich in den Städten über 10.000 Einwohner ein positiver Migrationsaldo abzeichnet.

Ursächlich für die Entwicklungshemmung sind auch die Besitzstrukturen: 2/3 der Nutzfläche werden von 855 Betrieben mit je über 500 ha bearbeitet. Die restliche Fläche bearbeiten 4.392 Betriebe, darunter 811 Bio-Höfe. Die Agrarsubvention für die Flächen bevorzugt die 414 größten Betriebe, indem dort jährlich 207 Millionen Euro von 450 Millionen ankommen; den Rest in Höhe von 243 Mio. teilen sich 4.392 Betriebe. Für eine Zukunft des ländlichen Raumes ist demnach die Förderung der etwas kleineren Betriebe und ihrer Neugründungen dringlich.

Weit unterdurchschnittlich ist der Arbeitskräfteeinsatz: Durchschnittlich sind nur 1,3 Arbeitskräfte je 100 Hektar beschäftigt, bundesweit sind es 3,3! Grund hierfür ist die Konzentration auf billige Massenprodukte, wie Raps und Getreide. Kartoffeln werden nur auf 1,3 %, Gemüse und Erdbeeren nur auf 0,2 % der Ackerfläche angebaut.

Die Tierhaltung konzentriert sich ebenfalls zunehmend auf die industrielle Massenproduktion mit sehr geringem Arbeitskräftebedarf. Auch die Lebensqualität wird stark beeinträchtigt: Anwohner und Urlauber lassen beispielsweise ihre Kinder nicht mehr auf die schmalen Dorfstraßen angesichts der überdimensionierten Landmaschinen, die auch Bäume und Straßen schädigen. Die riesigen Tierfabriken für Millionen von Masthähnchen und Zehntausende Schweine belasten Mensch und Umwelt mit Ammoniak, Gülle und Stäuben, bergen durch den massiven Antibiotikaeinsatz und die gewaltigen Tierkonzentrationen Gesundheitsgefahren, führen zur Minderung des Wertes von umliegenden Immobilien und zu negativen Beschäftigungseffekten in der Region. Nur noch 2,6 % der Beschäftigten arbeiten in MV in der Landwirtschaft (2010). Von dieser Form der Landwirtschaft profitieren also nur vergleichsweise wenige.

Dieser sich rasant verschärfende Strukturwandel in der Landwirtschaft hin zu immer größeren und oft monofunktionalen Strukturen mit immer weniger Akteuren ist eine Bedrohung für lebendige, lebenswerte ländliche Räume.

Um den Menschen hier im Land, besonders in den kleinen Gemeinden und Dörfern Perspektiven zu schaffen und die Wertschöpfung zu erhöhen, muss der Umbau der heimischen Landwirtschaft voran getrieben werden: hin zu mehr kleineren, vielfältigeren, multifunktionalen und bäuerlichen Strukturen mit mehr sozialer und ökologischer Verantwortung. Wir müssen weg von den Agrarfabriken hin zu einer tierschutzgerechten, umweltschonenden und flächengebundenen Tierhaltung. Regionale Erzeugung, regionale Vermarktung, heimische Veredelung der Produkte bieten die Grundlage für den „Garten der Metropolen“ (Klüter). Dieses Entwicklungskonzept meint die Vernetzung zwischen Stadt und Land auf der o.g. Grundlage. Ziel ist auch die relativ krisenfeste Einkommenskombination der Betriebe mit mehr Mitarbeitern als heute.

Wir wollen die Mitbestimmungsmöglichkeiten der Bürger\_innen verbessern. Langfristig tragbare Perspektiven für die Dörfer lassen sich nur gemeinsam mit den Menschen vor Ort entwickeln. Die wirtschaftliche, soziale und ökologische Gesamtentwicklung einer Region sollte im Mittelpunkt stehen und nicht die Einzelinteressen weniger. Die Bevölkerung muss sich mit ihrer Landschaft und deren Bewirtschaftung identifizieren können. Das Land ist Lebensraum, und darf nicht nur einseitig als Produktionsstandort für die Agrarindustrie betrachtet werden.

Regionale ökologische Produkte stehen in der Öffentlichkeit für Qualität, Genuss und Geschmack. Gleichzeitig bieten sie den Verbraucher\_innen die Chance, regionale Wirtschaftskreisläufe zu unterstützen. Immer mehr Verbraucher\_innen wissen den gesellschaftlichen Mehrwert des Ökolandbaus, wie den Schutz von Wasser, Boden, Luft und Landschaft, den Tierschutz und den Erhalt von Arbeitsplätzen zu schätzen. Die Nachfrage nach Bioprodukten wächst seit Jahren stetig.

Ökologische Betriebe haben gegenüber konventionellen im Durchschnitt 30 % mehr Arbeitskräfte und sind somit für die ländlichen Räume ein wichtiger Jobmotor. Dieser Effekt wird durch den höheren Diversifizierungsgrad ökologischer Betriebe, der auch außerlandwirtschaftliche Arbeitsplätze im Bereich Verarbeitung, Vermarktung oder Tourismus schafft, verstärkt.

Seit Jahren liegt die Ökoanbaufläche fast unverändert bei circa 9 % der landwirtschaftlichen Flächen, dank der verfehlten Förderpolitik in Mecklenburg-Vorpommern. Zudem erfolgen die Verarbeitung und der Absatz auch von Ökoprodukten und damit die größte Wertschöpfung größtenteils in anderen Bundesländern. Den direkten Bezug zu den Verbraucher\_innen haben aber eher die kleinen und mittelständischen Betriebe, die sich um eine Vermarktung in der Region bemühen. Hier liegt eine große Chance für unser Bundesland und seine landwirtschaftlichen Betriebe.

Wir wollen die ökologische Landwirtschaft ausbauen, indem wir sie finanziell stärker fördern. Eine Förderung beginnt damit, das Wissen zum ökologischen Landbau verpflichtend als Prüfungstoff in die Aus- und Weiterbildung zu integrieren. Das fehlt bisher in unserem Bundesland. Mecklenburg-Vorpommern braucht ein Kompetenzzentrum für den ökologischen Landbau, das in enger Zusammenarbeit mit den Ökoanbau- und Umweltverbänden sowie der Forschung, betriebspezifische Beratung, Weiterbildung und Vermarktung im Bereich des ökologischen Landbaus vorantreibt.

Damit eine größere Vielfalt an Betrieben entstehen kann, braucht es mehr Akteure in der Landwirtschaft. Die Bodenpolitik und die rasant steigenden Bodenpreise spielen dabei eine Schlüsselrolle. Wir wollen eine Bewirtschaftung und den Boden in der Hand von aktiven Landwirt\_innen und nicht von externen Investoren!

Wir wollen eine transparentere und gerechte Bodenvergabe bei Verkauf, Verpachtung und Pachtverlängerung von landwirtschaftlichen Nutzflächen im Besitz der öffentlichen Hand. Unternehmen, die ökologischen Landbau umsetzen, sind vorrangig zu behandeln. Die Praxis, die Verlängerung der Pacht von Landesflächen an die Bedingung der Einrichtung von industriellen Tierhaltungsanlagen zu knüpfen, muss umgehend beendet und der diesbezügliche Landtagsbeschluss dementsprechend geändert werden!

Mit einer Änderung der BVVG-Privatisierungsgrundsätze wollen wir zu einer breiteren Eigentumsstreuung bei den noch vorhandenen landwirtschaftlichen Nutzflächen und zu besseren Chancen von Junglandwirte\_innen, Neu- und Quereinsteiger\_innen auf dem Bodenmarkt beitragen. Wir werden uns zudem für eine „Neugründungsprämie“ zur Unterstützung der Gründung von kleinen bis mittelgroßen landwirtschaftlichen Ökobetrieben in Form von Kleinkrediten einsetzen.

Wir müssen weg von der einseitigen Fixierung auf die Landwirtschaft und planlosen einseitigen Subventionen und stattdessen den Blick auf die Gesamt- und Wechselwirkung von einzelnen Aktivitäten im ländlichen Raum richten.

Transparenz ist die Grundvoraussetzung bei der Erzeugung von Lebensmitteln für mehr Lebensmittelsicherheit und eine Voraussetzung, für die Entscheidung der Verbraucher\_innen für regionale und ökologische Produkte. Es braucht eine klare Kennzeichnung der Produktionsweise

und Herkunft der Produkte und ein Verbot irreführender Werbung, damit Verbraucher\_innen eine echte Wahl haben. Zur erfolgreichen regionalen Vermarktung regionaler Produkte kann auch die Entwicklung von regionalen Dachmarken beitragen. Dem Auf- und Ausbau regionaler Wertschöpfungsketten und Wirtschaftskreisläufe mit entsprechenden Produktions-, Verarbeitungs- und Vermarktungsstrukturen, wobei bewusst regionale Innovationspotentiale, vorhandene Standortvorteile und die Direktbeziehungen zwischen Unternehmen und Kunden vor Ort genutzt werden, kommt entscheidende Bedeutung zu. Für die regionalen Belieferungsstrukturen sind innovative Konzepte und Strategien gefragt und müssen entsprechend gefördert werden. Denn derzeit ist der Lebensmitteleinzelhandel überwiegend durch Discounter geprägt, deren Vertriebsstrukturen vorrangig auf überregionale Billig-Masse setzen.

Die öffentliche Hand sollte ihre Vorbildfunktion wahrnehmen, indem mehr ökologische und regionale Produkte in Kantinen von Verwaltungen, Schulen, Kitas oder Kliniken angeboten werden. Eine klare Kommunikation der Ziele und Strategien kann helfen, der Regionalvermarktung zum Durchbruch zu verhelfen.

Mit der Entwicklung und Umsetzung von umfassenden Verbraucherinformationskonzepten können die besonderen Stärken regionaler Qualitätsprodukte vermittelt werden. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN wollen Erzeugergemeinschaften stärken und so für eine Verbesserung der Verhandlungsbasis der Produzent\_innen gegenüber den Vermarktern beitragen.

Eine zentrale Rolle bei der Verbesserung der regionalen Wertschöpfung spielt die Gastronomie als Partner, um ökologisch und regional erzeugte Produkte durch eine zusätzliche Nachfrage zu unterstützen.

Auch Initiativen wie die Solidarische Landwirtschaft/ Community Supported Agriculture können einen Beitrag zur Stärkung der regionalen Qualitätserzeugung leisten und geben zudem den Landwirten Planungssicherheit und Spielraum für Investitionen.

Wir fordern:

- Landwirtschaftsförderung nicht pauschal pro Fläche oder Mastanlage, sondern nur gezielt bei öffentlichem Mehrwert für Umwelt, Mensch und Region
- Mehr regionale Produkte in den öffentlichen Kantinen, in der Schüler\_innenspeisung und den Mensen.
- Vorrang für ökologische Landwirtschaftsbetriebe bei Neu- und Weiterverpackungen
- Ökologische Landwirtschaft als prüfungsrelevanten Bestandteil bei allen Aus- und Weiterbildungen im landwirtschaftlichen Bereich

#### **IV Unsere Natur als Lebensgrundlage und Standortvorteil**

Die Chancen des ländlichen Raums stecken in ihm selbst. Ländliche Regionen bieten Lebensräume für Tiere und Pflanzen, für geschützte Arten und Biotope. Nicht nur für gestresste Stadtmenschen sind sie als Rückzugs- und Erholungsorte unentbehrlich. Ländliche Regionen bieten viele Vorzüge, die sich nicht in Zahlen wie dem Wirtschaftswachstum messen lassen. Vielmehr machen Umweltqualität, soziale Teilhabe und Zusammenhalt ländliche Regionen so lebenswert. In diese Stärken muss investiert werden.

Wir Grüne wollen eine integrierte Politik für die ländliche Entwicklung, die keinen zurücklässt und die leben und arbeiten in den ökologischen Grenzen, das heißt im Einklang mit der Natur zum Leitbild hat.

Trotz sinkender Einwohnerzahlen hat in den vergangenen Jahren der Flächenverbrauch zugenommen. Während die Ortskerne von Dörfern und kleinen Städten veröden, wachsen die Siedlungen in der Peripherie und führen zum Verlust von wertvollen Grünflächen, sowie mehr Pendelverkehr. Wir fordern, dass im Bereich Ortsentwicklung die umweltgerechte Innenentwicklung vor der Außenentwicklung steht.

Um den ländlichen Raum als Lebens- und Arbeitsraum zu bewahren, ist es entscheidend, auch andere Wirtschaftszweige wie den naturnahen Tourismus nicht durch falsche Weichenstellungen in der Landwirtschaft zu behindern, sondern weiterzuentwickeln. Wir wollen die regionale Vernetzung der Landwirtschaft mit Tourismus, Naturschutz, landestypischer Gastronomie und Kulturangeboten fördern. Urlaub auf dem Bauernhof ist in M-V vergleichsweise schwach ausgeprägt, dabei wäre das eine zusätzliche Einkommensquelle für Land- und Forstwirtschaft. Um die verschiedenen Akteure zusammen zu bringen, wollen wir ein regionales Management durch das Land fördern.

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN stehen für einen nachhaltigen, das heißt sozial und ökologisch verträglichen Tourismus. Bereits heute ist der nachhaltige Tourismus ein wichtiges erstes oder zweites Standbein für viele Menschen in Mecklenburg-Vorpommern. Er ist insbesondere für den ärmeren Osten eine Einnahmequelle und hat gute Chancen, weiter ausgebaut zu werden. Tourismus reagiert sensibel gegenüber der Zerstörung der intakten naturräumlichen Landschaften. Hier bedarf es einer BÜNDNISGRÜNEN Handschrift, um nachhaltige Entwicklungen zu generieren, die anderen Parteien in der Form nicht zugetraut werden. Viel zu oft ist der Wähler durch falsches Greenwashing getäuscht worden. Zum Erhalt der Naturräume gehört die konsequente Vorgehensweise gegenüber überdimensionierten industriellen Tierhaltungsanlagen, die im touristischen Außenbereich nichts verloren haben.

Wir setzen uns für den Erhalt der einmaligen Herrenhäuser in Mecklenburg-Vorpommern ein. Hierfür möchten wir um geeignete Investoren werben. Die Guts- und Herrenhäuser sind ein nicht weg zu denkendes Kulturgut gerade im ländlichen Raum. Das Zusammenspiel von Kultur- und Naturlandschaft macht unsere Region so reizvoll.

Wasser-, Luft- und Bodenschutz muss vor allem in touristischen und landwirtschaftlich geprägten Gebieten sehr gut sein, damit das große Vertrauen der Urlauber in unsere schöne und saubere Region nicht verspielt wird.

Viele Urlauber kommen als Natururlauber zu uns. Von daher gilt es den sanften Wassertourismus, ein gutes Radverkehrskonzept und Wandertourismus zu fördern. In der Region soll der Urlauber regionale und möglichst viele ökologisch-regionale Produkte bewusst genießen können. Hier hat Mecklenburg-Vorpommern im Bereich der regionalen Wertschöpfung und Vermarktung noch einen weiten Weg vor sich. Wir wollen diesen mit guten Ideen aktiv unterstützen. Kulturelle Einrichtungen (Museen, Schauspielhäuser, Kleinkunst, Theater), Übernachtungsplätze und Gaststätten profitieren von der touristischen Belebung. Wir möchten den Tourismus auch in unbekanntere und erst auf den zweiten Blick schöne Regionen lenken.

Wir fordern:

- Verpflichtende Raumordnungsverfahren für agrarindustrielle Betriebe und deren raumbedeutsamen Erweiterungen.
- Innenentwicklung vor Außenentwicklung: Erhalt und Wiederbelebung der Dorfkern, gegen unnötige Flächenversiegelungen
- Förderung von Mischkonzepten, die Landwirtschaft, Tourismus, Gastronomie und Kulturangebote sinnvoll zusammen bringen

## **V Mobilität als Grundvoraussetzung für gesellschaftliche Teilhabe**

Grundvoraussetzung für ein aktives, selbstbestimmtes Leben ist auch die Erreichbarkeit von Versorgungs-, Erholungs- und öffentlichen Einrichtungen. Durch die Entkernung der Dörfer und Kleinstädte befinden sich diese jedoch häufig nur noch in den zentralen Orten mit PKW, nicht jedoch zu Fuß oder per Fahrrad erreichbar.

Bereits jetzt ächzen viele Städte und Gemeinden unter der Belastung durch den motorisierten Individualverkehr. Unsere Straßen und Innenstädte sind für diese Menge nicht ausgelegt. Die Abgase und der Lärm gefährden unseren Ruf als Gesundheitsland und schaden nachhaltig einem der Hauptwirtschaftszweige im Land - dem Tourismus!

Doch anstatt dem mit einem guten Angebot im Bereich ÖPNV entgegenzusteuern, werden Bus- und Bahnangebote weiter ausgedünnt. Die Folge sind weiter sinkende Fahrgastzahlen und eine weiter schwindende Attraktivität der kleinen Siedlungen für Neubewohner. In Umfragen unter Schülern und Ausbildungsbetrieben hat sich das mangelnde ÖPNV-Angebot auf dem Land als ein Ausbildungshinderungsgrund herauskristallisiert.

Mobilität ist eine Frage der Gerechtigkeit. Menschen jeden Alters und jeder Einkommensklasse muss es möglich sein, aktiv am gesellschaftlichen Leben teilzunehmen. Der Besitz eines PKWs kann nicht Grundvoraussetzung für das Leben auf dem Land sein.

## VI Bildung

Bildung ist nicht nur eine Frage der ländlichen Räume; jedoch sind Bildungseinrichtungen "C Schulen, Kindertagesstätten, Einrichtungen der Erwachsenenbildung "C hier in einem viel stärkeren Maße als in Städten auch gesellschaftliche Räume. Bildungseinrichtungen sind mehr als Orte des Lernens, sie sind Zentren des kulturellen und gesellschaftlichen Lebens vor Ort. Um dies zu stärken, fordern wir GRÜNE den Ausbau der Ganztageschulen in MV fortzusetzen.

Ganztagschulen bieten die besten Voraussetzungen für eine individuelle Förderung und erhöhen nachweislich den Lernerfolg. Gerade in ländlichen Regionen sind zusätzliche Bildungs- und Freizeitangebote an einem Ort besonders gewinnbringend. Die Aufhebung des Kooperationsverbotes und der finanzielle Einstieg des Bundes für den flächendeckenden Ausbau von Gesamtschulen sind daher Kernanliegen bündnisgrüner Bildungspolitik.

In Mecklenburg-Vorpommern hat das Bildungsministerium die Genehmigung neuer Ganztagschulen aus Kostengründen klammheimlich gestoppt. Seit Bildungsminister Henry Tesch (CDU) krankt die Finanzierung der Ganztagschulen außerdem an einem besonderen Konstruktionsfehler: Zusätzliche Mittel für Ganztagschulen führen zur Zeit zu Kürzungen bei der Förderung Hochbegabter und des gemeinsamen Unterrichts behinderter und nicht-behinderter Schülerinnen und Schüler.

Wir fordern:

- Eine Beteiligung des Bundes am weiteren Ausbau der Ganztagschulen
- Eine eigenständige Finanzierungsstruktur für die Ganztagschulen in MV
- Die sofortige Aufhebung des Genehmigungsstopps in MV

Der Bedarf an neuen Lehrkräften wird in den nächsten Jahren stark ansteigen, denn viele Lehrerinnen und Lehrer gehen in Rente. Für die Schulen außerhalb großer Städte wird es bereits jetzt immer schwieriger, genügend Personal zu finden. Die Attraktivität der Verbeamtung wird ihren ersten großen Dämpfer erleben, wenn Lehrkräfte ganz einfach dorthin versetzt werden. Wir wollen hingegen, dass junge Lehrerinnen und Lehrer freiwillig in die ländlichen Räume gehen. Hierfür müssen geeignete Anreize geschaffen werden. Dies kann sich nicht auf finanzielle Aspekte reduzieren. Auch die Arbeits- und Lebensbedingungen vor Ort sind von entscheidender Bedeutung. So weist eine Studie des Leibniz-Institutes für Regionalentwicklung und Strukturplanung darauf hin, dass eine Senkung der Pflichtstundenzahl für Berufseinsteiger eine

positive Wirkung erzielen könne und außerdem eine höhere Akzeptanz als eine dauerhafte „Peripherie-Zulage“ im Kollegium finden würde.

Wir fordern:

Die Entwicklung eines Programms zur Gewinnung von Lehrkräften für den ländlichen Raum in Kooperation mit den Schulträgern, Gemeinden und Landkreisen. Mögliche Instrumente können sein:

- spezielle „Starterpakete“ für Landlehrerinnen und Landlehrer
- Stipendien-Angebote für Lehramtsstudierende
- Anrechnungsstunden für Berufseinsteiger
- offene Empfangskultur und Arbeitsatmosphäre in der Schule
- Unterstützung für familiäre Integration (Kinderbetreuung, Arbeitsplatz für Familienmitglieder) Konzentration auf kommunalpolitischen Aspekt - Verbindung zur Mobilität

Bildung beginnt bereits im Vorschulalter. Gute Kindertagesstätten sind Mitentscheidungsgrund für junge Familie an einen Ort zu ziehen. Oft jedoch erreichen die kleinen Gemeinden nicht die Mindestanzahl an Kindern, um eine Kita oder einen Hort zu eröffnen. Dabei ist auf Grund der längeren Fahrzeit der Eltern zum Arbeitsplatz ein hoher Bedarf für flexible Angebote der Kinderbetreuung und frühkindlichen Bildung vorhanden. Hier müssen neue Lösungen gefunden werden. In Österreich gibt es das Konzept „Kinderbetreuung am Bauernhof“: Landwirtschaftlich Tätige werden pädagogisch weiter qualifiziert zu Tageseltern. Das oftmals praktizierte System der Kinderbetreuung zu Randzeiten durch Verwandte und Nachbarn wird verbessert, die Erwerbsfähigkeit der Eltern erhöht. Besonders Mütter werden flexibler und nicht mehr in Teilzeitarbeit gezwungen.

Gleichzeitig hilft die Verbesserung des Betreuungsschlüssels, Einrichtungen im ländlichen Raum zu erhalten.

Kindertagesstätten sind mehr als nur Kinderbetreuung und frühkindliche Bildung. Sie sind Treffpunkt für Familien in ähnlicher Lebenssituation. Hier können sie Netzwerke bilden und sich gegenseitig Unterstützung zukommen lassen. Diese Funktion von Kindertagesstätten wollen wir Bündnisgrüne stärken, denn sie stärken den gesellschaftlichen Zusammenhalt im ländlichen Raum.

Wir fordern:

- Kreative Lösungen, um Kinderbetreuung auch zu Randzeiten im ländlichen Raum sicher zu stellen
- Absenkung der Erzieher\_innen – Kind Relation
- Weiterentwicklung von Kindertagesstätten zu Familienzentren mit umfassenden Unterstützungsangeboten für Familien

## VII Gesundheitsversorgung und Pflege

Da der Anteil älterer Menschen in den ländlichen Regionen Mecklenburg-Vorpommerns überdurchschnittlich steigt, wird hier die Zahl von chronisch und mehrfach erkrankten Patient\_innen stärker zunehmen. Damit ändern sich auch die Bedürfnisse der Patient\_innen. Deswegen greift die von der Bundesregierung, aber auch der Landesregierung propagierte Förderung von Landarztpraxen viel zu kurz. Wir brauchen ein neues Verständnis der Gesundheitsversorgung, eine andere Aufgabenteilung der Gesundheitsberufe und vor Ort angepasste Versorgungsstrukturen.

Dazu gehört, die Potenziale der unterschiedlichen Akteure der Gesundheitsversorgung besser zu nutzen. Wir wollen, dass Krankenhäuser, Pflegeeinrichtungen, niedergelassene Mediziner\_innen

und andere Gesundheitsberufe in regionalen Versorgungsverbänden enger zusammenarbeiten. Die Grenzen zwischen den verschiedenen Versorgungssektoren werden so durchlässiger, Versorgungslücken können geschlossen werden. Dazu gehört auch eine Weiterentwicklung der Versorgungsplanung hin zu einer Sektor-übergreifenden Planung.

Eine Schlüsselrolle für die Gesundheitsversorgung auf dem Lande haben Primärversorgung (Allgemeinmedizin) und Pflege. Die allgemeinärztliche Weiterbildung muss gestärkt werden. Zudem sollen qualifizierte Pflegekräfte mehr Verantwortung übernehmen dürfen. Bisher steht dem aber die Arzt-Zentriertheit des deutschen Gesundheitssystems entgegen. Anders als zum Beispiel in Großbritannien oder Skandinavien dürfen bei uns fast alle im weitesten Sinne medizinischen Tätigkeiten bei Bagatellerkrankungen und in der Pflege nur durch eine Ärztin/einen Arzt ausgeübt oder veranlasst werden. Diese Kompetenzverteilung in den Gesundheitsberufen muss unbedingt auf den Prüfstand.

Nicht zuletzt müssen neue, flexible Versorgungsformen gefördert werden. Dazu gehören etwa die stärkere Öffnung von Krankenhäusern für die ambulante Versorgung, Fahrdienste für Arztbesuche, Arztfilialen oder mobile Praxisteams, in denen verschiedene Gesundheitsberufe zusammenarbeiten. So könnten für Patient\_innen in kleinen Gemeinden regelmäßige Sprechstunden und Hausbesuche sichergestellt werden. Kommunen sollen überdies die Möglichkeit bekommen, Träger von Gesundheitszentren mit Ärzten und Pflegekräften zu werden. Durch diese Veränderungen können ländliche Regionen zum Vorbild und zum Schrittmacher für Reformen werden, die auch in den Städten und Ballungszentren auf die Tagesordnung gehören.

Wir fordern:

- Weiterentwicklung der Versorgungsplanung hinzu einer Sektor übergreifenden und vorausschauenden Planung
- Stärkere Stellung für Primärversorgung und Pflege
- Aufwertung und Förderung regionaler Versorgungsverbände
- Mehr Möglichkeiten für Kommunen, die ambulante gesundheitliche Versorgung mitzugestalten

## VIII Jugend und Kultur

Kultur und Jugendarbeit werden häufig in den Kommunen als finanzielle Belastung angesehen. Als freiwillige Leistungen fallen sie zuerst Kürzungen oder gar Streichungen zum Opfer. Dabei sind sie ein integraler Bestandteil der Gesellschaft und bieten Räume, um sich auszuprobieren und junge Menschen benötigen mehr Rückzugsräume als die berüchtigte Bushaltestelle. Abseits von Eltern und Schule brauchen sie Freiräume um sich zu entwickeln und zu entfalten, denn jeder Mensch hat ein Recht auf freie Entfaltung. Gerade dies ist im ländlichen Raum kaum gegeben. Viele Jugendzentren schließen und Vereinen, die aktiv für selbstverwaltete Räume für Jugendliche streiten, werden Steine in den Weg gelegt. Genau diese Projekte benötigen jedoch Förderung und Unterstützung. Dort, wo sich die Politik aus der Verantwortung heraus zieht, besetzen andere das Feld. Ist es Zufall, dass ausgerechnet in den ärmsten Regionen unseres Landes, die am meisten unter dem Spardiktat leiden, nationalistische und rassistische Ideen auf Nährboden fallen?

Rechtsextremismus in ländlichen Regionen ist kein Schicksal. Neben und in unmittelbarer Nachbarschaft zu Orten, die 'national befreiten Zonen' schon recht nahe kommen, gibt es Orte, in denen die Verschiedenheit blüht und geradezu erwünscht ist. Oft sind es wenige engagierte Menschen, die den Unterschied ausmachen, und immer spielt der Umgang mit Kindern und Jugendlichen eine entscheidende Rolle. Kinder und Jugendliche dürfen nicht rechts liegengelassen werden, sie müssen eine Chance bekommen, sich einzubringen und wahrgenommen zu werden. Wir setzen uns für den Erhalt und die Schaffung alternativer Jugendzentren ein, die Jugendlichen einen Raum geben um sich auszuprobieren und anders sein zu können. Die Selbstverwaltung

eines Freiraums kann Jugendlichen schon früh ein Demokratieverständnis vermitteln. Alternative Jugendliche haben es in weiten Teilen Mecklenburg-Vorpommerns nicht leicht: Alltäglich werden sie mit Neonazis konfrontiert, ob in der Schule oder auf der Straße. Nicht selten werden sie auch Opfer rechter Gewalt. Ein Umfeld der Angst ist kein gutes Umfeld um sich zu entwickeln. Deshalb sind alternative Jugendzentren wichtig, da sie jungen Menschen Schutzräume bieten, in denen sie sich sicher sein können nicht mit Neonazis konfrontiert zu werden. Wer diesen Menschen einen Raum bieten möchte, der darf die Tür nicht für Neonazis öffnen. Ein offenes, beteiligungsorientiertes Klima in Kita, Schule und Vereinen, Möglichkeiten sich zu erproben und Bestätigung zu finden, ein akzeptierendes und konsequent demokratisches Umfeld stärken Kinder und Jugendliche gegen braune Vereinnahmungsversuche. Dabei ist der nicht nur konsumierende Kontakt zu lebendiger Kunst und Kultur von großer Bedeutung. Kunst und Kultur erweitern den Blick, machen Mögliches sichtbar und Fremdes vertraut. Kultur im ländlichen Raum ist kein lästiger Kostenfaktor, sondern ein Muss.

Jugend- und Kulturarbeit wird häufig von freien Trägern betrieben, die sich über Fördermittel der Kommunen, des Landes, des Bundes und der EU finanzieren. Durch die Extremismus-Klausel ist es für Vereine und Initiativen im gesellschaftspolitischen Bereich schwierig geworden, Zugang zu diesen Mitteln zu erhalten. Eine komplizierte Antragsstellung, die häufig von ehrenamtlich Tätigen geleistet wird, demotiviert und schreckt ab. Häufig scheitern Ideen und Initiativen im ländlichen Raum genau an diesem Punkt.

Wir fordern:

- Aufhebung der Extremismus-Klausel
- Schaffung von multifunktionalen Räumen in den Kommunen zur gemeinschaftlichen Nutzung von Kultur- und Jugendarbeitsträgern, Angeboten für Senioren und Bürgerservice. Räume für Freiraum!
- Ein Landesprogramm nach Modell der „Wächterhäuser“ - leer stehende Häuser werden mietfrei kulturellen Initiativen zur Verfügung gestellt.<sup>1</sup>
- Erhöhung der Mittel für den Fonds Soziokultur und der Bundesvereinigung soziokultureller Zentren um mindestens 25%

Grundsätzlich fordert BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN ein Umdenken in der Raumplanung. Den negativen Kreislauf aus Wegzug und Infrastrukturabbau können wir nicht länger hinnehmen. Die Fokussierung auf die Entwicklung der städtischen Bereiche ist eine klare Benachteiligung der Menschen im ländlichen Raum. Ihnen werden Möglichkeiten zur Teilhabe genommen. Wir GRÜNE nehmen diese Form der Diskriminierung nicht hin. Ländliche Räume haben andere Anforderungen an Raumplanung als Städte - hier gleiche Maßstäbe anzulegen ist wenig sinnvoll.

Gerade in den touristischen Regionen unseres Landes wird ein wichtiger Wirtschaftsfaktor in der Planung häufig außen vor gelassen - die Zweit- und Drittwohnsitznehmer\_innen. Ihre Bedürfnisse sind zwar z.T. verschieden von denen der Erstwohnsitznehmer\_innen, doch auch diese müssen in Planungen berücksichtigt werden.

Wir fordern daher:

- Für die Bemessung der Ausstattung sind die bisherigen urbanen Richtwerte ungenügend. Für die ländlichen Räume sind eigene Richtwertsysteme zu entwickeln.
- kleinteiligere Raumordnungsberichte statt billiger, großer Bevölkerungsprognosen. Ein umfassender Landesraumentwicklungsplan Mecklenburg-Vorpommern muss überarbeitet werden (aktueller Stand: 2005)

---

<sup>1</sup>Siehe HausHalten e.V.

- Zweit- und Drittwohnsitznehmer\_innen in Planungen einbeziehen; Konflikte müssen transparent etc. behandelt werden
- In allen Raumkategorien sind die Belange der Agrarindustrie denen des Tourismus, der Landwirtschaft und der Siedlungsentwicklung (einschließlich der Zweitwohnsitze) nachzuordnen

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN glauben an die Chancen und Perspektiven des ländlichen Raums, besonders hier in Mecklenburg-Vorpommern. Die nachhaltige Entwicklung und Stärkung des ländlichen Raums sehen wir als Grundlage jedweder Entwicklung in unserem Bundesland an. Wir können Vorreiter in Deutschland sein - der Leuchtturm, nicht das Schlusslicht.

Dafür GRÜN!